



N i e d e r s c h r i f t

**über die 14. Sitzung des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld
am 29.01.2026**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld
Kreistagssitzungssaal**

Am Flugplatz 1, 06366 Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 11.12.2025
- 7 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 8 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
- 9 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 10.1 Prüfung des Landesrechnungshofes zur Anwendung der Mitteilungsverordnung durch die Kommunen BV/0201/2026
- 10.2 Teilnahme am Just Transition Fund - Förderprogramm (JTF-Förderprogramm) - Verbesserung des Mobilitätsangebotes im Landkreis Anhalt-Bitterfeld BV/0199/2025
- 10.3 Beschluss zur Stellungnahme Bericht Prüfung der Eröffnungsbilanz LRH BV/0204/2026
- 10.4 Erörterung des Beteiligungsberichtes 2024 IV/0017/2025
- 10.5 Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld BV/0202/2026
- 10.6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 BV/0203/2026
- 11 Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. **Eröffnung der Sitzung**

Herr Wolpert eröffnete und leitete die 14. Sitzung des Kreistages.

Punkt 2. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung waren 31 Mitglieder des Kreistages anwesend. Der Kreistag war mit 57,41% beschlussfähig.

Punkt 3. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde einstimmig mit 31 Ja-Stimmen bestätigt.

Punkt 4. **Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten**

(Herr Wolkenhaar gekommen = 32 = 59,26%)

Herr Wolpert erklärte, dass Frau Lysann Papenroth ihr Kreistagsmandat aus persönlichen Gründen zum 31.12.2025 niederlegte.

Nach Prüfung der Wahlergebnisse wurde festgestellt, dass Frau Christiane Schmidt die nächst festgestellte Bewerberin für den Kreistag Anhalt-Bitterfeld ist.

Herr Wolpert verpflichtete Frau Schmidt gemäß § 53 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten.

Herr Wolpert wies darauf hin, dass die Verpflichtung in der Niederschrift festgehalten wird und aktenkundig sei.

Punkt 5. **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Einwohnern.

Punkt 6. **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 11.12.2025**

Es gab keine schriftlichen und mündlichen Einwendungen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 11.12.2025 wurde einstimmig mit 30 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, bestätigt.

Punkt 7. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Herr Wolpert gab bekannt, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages am 11.12.2025 keine Beschlüsse gefasst wurden.

Punkt 8. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Herr Krüger teilte mit, dass im Amtsblatt am 19.12.2025, Ausgabe 24, sowie am 16.01.2026, Ausgabe 1, für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld Beschlüsse bekannt gemacht wurden. Außerdem verwies **Herr Krüger** auf den Vergabebericht sowie auf den Baubericht, welche allen Mitgliedern in digitaler Form zur Verfügung gestellt wurde. Des Weiteren kündigte **Herr Krüger** an, dass er im nicht öffentlichen Teil einen kurzen Sachstand zur Rekommunalisierung des Krankenhauses Zerbst geben wird.

Punkt 9. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Herr Wolpert teilte mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 19.02.2026, 18.00 Uhr, im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung stattfinden wird.

Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen

**Punkt 10.1. Prüfung des Landesrechnungshofes zur Anwendung der Mitteilungsverordnung durch die Kommunen
Vorlage: BV/0201/2026**

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0201/2026** wurde **einstimmig** mit 24 Ja-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, **bestätigt**.

Beschluss-Nr.: 100-14/2026

Der Kreistag beschließt die anliegende Stellungnahme des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zu dem Bericht über die Prüfung „Anwendung der Mitteilungsverordnung durch die Kommunen“ des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt vom 11. Februar 2025.

**Punkt 10.2. Teilnahme am Just Transition Fund - Förderprogramm (JTF-Förderprogramm) - Verbesserung des Mobilitätsangebotes im Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Vorlage: BV/0199/2025**

(Herr Sittig gekommen = 33 = 61,11%)

Herr Schütz teilte mit, dass die Fraktion Die Linke dieses Förderprogramm vor Verbesserung der Mobilität hier im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ausdrücklich unterstützt, weil auch speziell der ländliche Raum am Nahverkehr besser angebunden wird, was auch ganz wichtig für viele Berufspendler ist. Herr Schütz fragte nach dem Ziel, wann diese Buslinien aktiv eingesetzt werden sollen?

Herr Eichelberg antwortete, dass es zum 01.07.2026 starten soll.

Herr Ehrlich sagte, dass innerhalb der Fraktionssitzung die Frage auftrat, ob E-Mobilität integriert ist? Sind bestimmte Sachen bzgl. der Umwelt berücksichtigt?

Herr Eichelberg antwortete, dass wir zwei CO2-neutrale Fahrzeuge anschaffen. Wir haben jetzt schon den Anruf Bus Flex und wir wollen in Brehna den Verkehr nochmal erproben und das machen wir zum Beispiel mit den zwei CO2-neutralen Fahrzeugen, die wir extra anschaffen wollen.

Herr Heeg sagte, dass im Kreis- und Finanzausschuss die Frage offenblieb, wie sichergestellt ist, dass die aus diesem Förderprogramm resultierenden Investitionen die Ausschreibung oder die Neuvergabe der Konzession übernehmen. Herr Heeg fragte, ob es da schon neue Erkenntnisse gegenüber vorgestern gibt?

Herr Eichelberg sagte, dass er heute mit der IB Bank gesprochen habe. Zum einen wird es eine Zweckbindung geben, die bis zum Ende der Abschreibungsfrist laufen könnte. Zum anderen könnte man das im Zuwendungsbescheid regeln.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Die **Vorlage 0199/2025** wurde **einstimmig** mit 31 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, **bestätigt**.

Beschluss-Nr.: 101-14/2026

Der Kreistag des Landkreises Anhalt- Bitterfeld beschließt die Teilnahme und Beteiligung am Förderprogramm JTF.

Punkt 10.3. **Beschluss zur Stellungnahme Bericht Prüfung der Eröffnungsbilanz LRH** **Vorlage: BV/0204/2026**

(Herr Schönemann gekommen = 34 = 62,96%)

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0204/2026** wurde **einstimmig** mit 31 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, **bestätigt**.

Beschluss-Nr.: 102-14/2026

Der Kreistag beschließt die anliegende Stellungnahme des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zu dem „Bericht über die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz des Landkreises Anhalt-Bitterfeld“ des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt.

Punkt 10.4. **Erörterung des Beteiligungsberichtes 2024** **Vorlage: IV/0017/2025**

Es gab keine Nachfragen.

Punkt 10.5. **Haushaltskonsolidierungskonzept des Landkreises Anhalt-Bitterfeld** **Vorlage: BV/0202/2026**

Herr Wolpert schlug vor, das Haushaltskonsolidierungskonzept und den Haushalt gemeinsam zu diskutieren, aber getrennt abzustimmen. Dagegen gab es keine Einwände.

Herr Krüger, stellvertretender Landrat, bedankte sich bei den Mitgliedern des Kreistages, welche sich im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebracht haben und hielt anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation eine umfassende Rede zum Haushalt und bat um Zustimmung.

(Herr Wallwitz, Herr Schulze, Herr Roi, Herr Zimmer gekommen = 38 = 70,37%)

Herr Roi: hielt eine umfassende Rede. Wir verwalten die Not und stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand. Das Finanzausgleichsgesetz bildet die kommunale Realität nicht mehr ab.

Zur Kreisumlage äußerte er, dass er sich insbesondere das Anhörungsverfahren der Kommunen angeschaut hat. Er stellte fest, dass alle 10 kreisangehörigen Städte und Gemeinden den Kreisumlagehebesatz abgelehnt haben, da alle ein Haushaltsdefizit haben. Letztendlich ist die entscheidende Messzahl, die man sich anschauen muss, wie hoch der Kassenkredit ist und wie er sich entwickelt. Wie verhalten sich die Rücklagen unseres Landkreises?

Die Not ist so groß, dass man keinen Ausweg mehr hat. Jetzt liegt es an uns allen, das mal so deutlich machen. Wir müssen uns alle an die eigene Nase fassen und fragen, was man in dem Land ändern müsse.

Bezogen auf die Kreisebene stellte er fest, dass die AfD-Fraktion seit der letzten Kommunalwahl die größte und stärkste Kraft ist. Die Wählerzahl wurde in Anhalt-Bitterfeld in den letzten 4-5 Jahren verdoppelt. Das hat den Grund, weil der Ausgang aus der Notsituation gar nicht mehr aufgezeigt wird. Es gibt keine Perspektiven mehr, wo es eigentlich hingehen soll. Wir haben einen Haushalt, der wieder über 400 Millionen Haushaltsvolumen hat, davon sind 240 Millionen Transferleistungen. Man sieht, wie sich diese Transferleistung entwickelt, da kann man als Kreistagsmitglied nichts groß machen. Aber die AfD-Fraktion hat in den letzten Jahren zu verschiedenen Punkten, die man beeinflussen kann, Anträge eingebracht. Als Beispiele nannte er die Bezahlkarte, die Überprüfung der Sozialleistungen aller Ukrainer sowie die Arbeitspflicht für Asylbewerber.

Das wäre ein Einsparpotenzial, was man als Kreistag gemeinsam mit dem Landrat selber anschieben könne. Da haben sich die anderen Fraktionen verweigert.

Ihm ist bewusst, welche Herausforderungen man in den letzten Jahren als Kreistagsmitglieder hatte. Stichwort: Klinik in Bitterfeld, jetzt auch Klinik in Zerbst, wo man sich auch klar positioniert hat. Die Fraktion wird heute nicht gegen den Haushalt stimmen, aber auch nicht zustimmen. Mit dem Zahlenwerk, was hier vorliegt, ist eigentlich keine Zukunft zu gestalten.

Man zählt Rücklagen auf, die Kassenkredite entwickeln sich bis 2029 auf 160 Millionen. Das sind dramatische Zahlen, die uns hier vorliegen in der Vorberichterstattung. Die Berechnung, was ein leistbarer Kreisumlagesatz wäre, fand er etwas unglücklich. Bei der Stadt Zörbig wurden 204% genommen, weil die Stadt offensichtlich durch Sondereffekte ein gutes Zahlenwerk hatte. Es wurde ein Mittelwert gebildet und man ist zu der Erkenntnis gekommen, dass die leistbare Kreisumlage bei über 50% aller Kommunen wäre, obwohl eigentlich alle bei 40 Prozent oder unter 40% liegen. Die Zahlen wurden durch diesen Sondereffekt ein bisschen verwischt.

Herr Roi bedankte sich für die Aufmerksamkeit.

Herr Heeg machte folgende Ausführungen. Wir haben heute einige neue Anträge zur Änderung zu bringen. Einerseits einen Antrag auf die Erhöhung der Jugendhilfe um 105.000 Euro. Dies sind ungefähr 0,25 Promille, also ein so geringer Betrag, dass wir das völlig so durchgehen lassen müssen. Denn hier spüren konkret Jugendliche, was an Leistung in ihren Jugendeinrichtungen stattfinden kann und das sollte so bleiben. Weiterhin wird es einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD-Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Wähler geben, gemeinsam die Kreisumlage auf 42% zu senken. Ebenso wird es einen Antrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen zur Haushaltskonsolidierung ge-

ben, dass sie, anstatt Personalstellen um 5% zu kürzen, 50% aller nicht besetzten Stellen pro Jahr nicht neu besetzten werden.

Aus einem ganz einfachen Grund, weil dann die Stellen am meisten betroffen sind, die die meiste Fluktuation haben. Und das sind gerade die schwierigen Stellen.

Des Weiteren stellte er die Bitte an die Kreisverwaltung, auf keinen Fall Digitalisierung zur Verkomplizierung der Fälle zu den Abläufen zu nutzen. Das ist das, was Behörden in der Regel tun.

Zuletzt bat er darum, bei allen zu treffenden politischen Entscheidungen, den ersten Satz des Grundgesetzes zu beherzigen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Herr Ehrlich ist der Auffassung, dass ein Konsolidierungsprogramm gemacht werden muss. Seines Erachtens ist das ein Konzept, um den defizitären Haushalt irgendwie noch so erträglich machen, dass hier noch ein Leben stattfinden kann. Leben soll natürlich nicht sein, dass wir uns zu Tode sparen. Er verweigert sich, dass man versucht, an notwendigen Investitionen im Straßenbau, Schulen oder bei der Bildung noch mehr zu sparen. Daran kann man schon kaum noch sparen. Das Ergebnis sieht man tagtäglich, wenn man in die Schulen geht, oder feststellt, dass der Bildungsstand mittlerweile teilweise regelrecht verkommt, weil hier nicht notwendige Ausbildung durchgeführt werden kann. Man muss versuchen dort anzusetzen, wo wirklich Einsparpotenziale sind.

Er hatte sich das Konsolidierungskonzept intensiv durchgelesen und betrachtet bestimmte Sachen sarkastisch. Seite 23 des Konsolidierungskonzeptes, Fachbereich 32 - Ausländerangelegenheiten, Ordnung und Verkehr – Maßnahmen. Man denkt, dass man hier versucht, mal einen Hebel anzusetzen, aber es heißt nur, Reduzierung der Straßenschilder und Markierungen auf das unbedingt notwendige Maß.

Man sollte prüfen, ob bei Ausländerangelegenheiten eventuell Möglichkeiten zur Einsparung bestehen. Als Beispiel nannte er Kindergeldbetrug, Unterhaltszahlungen, wo Väter nicht mehr auffindbar sind und wir eingreifen, aber bereits von vornherein wissen, dass wir das Geld nie wieder sehen.

Wir brauchen Leute die befähigt sind, das auch einzutreiben. Da kann man nicht mit Samthandschuhen rangehen, sondern den Vollzugsbeamten auch eine Möglichkeit geben, eine Provision zu kriegen. Wir können es uns nicht mehr leisten, so luschig darüber wegzugehen. Man sollte eine Statistik über Krankheitstage, Urlaubstage und Homeoffice erstellen. Ein weiteres Einsparpotential ist die Entbürokratisierung. Wir haben vielleicht teilweise wirklich eine zu große Verwaltung, aber wie das überall so ist, gibt es Mitarbeiter, die sind überlastet und es wird auch welche geben, die fühlen sich nicht ausgelastet.

Er hält nichts davon, dass man pauschal sagt, von den nicht besetzten Stellen müssen mindestens 50% dann immer besetzt werden. Man muss mit dem Potential, was man hat, sorgsam umgehen.

Dieses Konsolidierungskonzept muss dringend mit Leben erfüllt werden.

Die größten Herde sind die, wo wir noch Beteiligungen unterstützen, damit sie am Leben halten werden. Der größte Faktor ist das Krankenhaus in Bitterfeld, Zerbst kommt erst dazu. Wobei das Krankenhaus aber nicht schuld ist, sondern es fehlen Zuweisungen vom Land.

Herr Dittmann erläuterte den Antrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen zur Konkretisierung des Konsolidierungsprogramms. Das ist ein konkreter Vorschlag, wie wir es besser hinkriegen. Es ist deswegen keine Lähmung der Verwaltung, weil danach noch ein paar Sätze hinterher kommen die beinhalten, dass es der Kreisverwaltung natürlich obliegt, zu untersuchen in welchen Aufgabenbereichen die Stellen erforderlich sind und wo vielleicht nicht. Der Antrag wurde aus zwei Gründen formuliert. Punkt 1: Der Landtag hat selber die Vorlage dazu geliefert, weil er nämlich in den Haushaltsberatungen darüber informiert hat, dass es nahezu unmöglich ist, die Stellen adäquat zu besetzen, einfach weil die Menschen überhaupt nicht verfügbar sind. Warum also dann das komplette Paket kostenbelastend im Haushalt mitschleppen? Punkt 2: Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist seit Jah-

ren auffällig im gesamten Land Sachsen-Anhalt, unter allen Landkreisen und kreisfreien Städten, gemessen an der Einwohnerzahl, den höchsten Personalbestand zu haben. Es ist aber offensichtlich Luft nach oben, weil in den anderen Landkreisen unseres Landes die Aufgabenerfüllung nicht möglich ist. Das scheint nicht der Fall zu sein und ein weiterer Grund, warum wir uns das ansehen müssen, ist die Entwicklung unserer Einwohnerzahl. Diese ist im Vorbericht zur Haushaltssatzung zu finden.

Von 185.000 Einwohnern liegen wir jetzt bei 155.000 Einwohnern und insofern darf man auch unterstellen, dass zumindest in Teilbereichen dann auch der Verwaltungsaufwand dem anzupassen ist.

Es geht aber nicht um die Abschaffung von Ausbildungsplätzen, weil die nicht in die Rubrik unbesetzte Stellen fallen im Stellenplan.

Er findet es schade, wieder mal gehört zu haben, dass das Sozialschmarotzertum unser Land in den Untergang treibt und dass der Sozialleistungsmissbrauch das Non plus ultra ist. Dadurch können wir die Haushalte des Landkreises, des Landes und des Bundes sanieren. Wenn man sich die Zahlen mal wirklich anguckt, stellt man fest, dass es unterschiedliche Statistiken gibt zu wirklichen Haushaltsbeiträgen. In Deutschland werden im Schnitt jährlich 100 Milliarden Steuern hinterzogen, die gar nicht ankommen. Es gibt auch Statistiken, die reden inzwischen von 125 Milliarden pro Jahr, allein im Jahr 2024. Da ist ein Sondervermögen von 100 Milliarden für gleich mehrere Jahre ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein Sondervermögen, dessen Verteilung an die Kommunen die AfD seines Wissens im Landtag abgelehnt hat. Weil wir ein ganz offensichtliches Einnahmeproblem haben, nicht bei den nicht eintreibbaren Unterhaltsleistungen, sondern bei den großen Steuerzahlern, sollte man da vielleicht etwas mehr hingucken und nicht den Spaltpilz durchs Land treiben.

Zum Thema Befangenheit von Hauptverwaltungsbeamten hatte er in den letzten Jahren fest für sich erlebt, dass es gar nicht so schlecht ist, dass die Hauptverwaltungsbeamten in Sachsen-Anhalt auch Mitglied im Kreistag sein können. Natürlich besteht immer die Gefahr des Interessenskonflikts, aber auch die Chance für einen Interessenausblick. Das bekam man in den letzten Jahren immer gut hin, indem wir Kreisumlagen verhandelt haben und ohne Klagen durchs Ziel gegangen sind. Wenn jetzt eine erste Klage offenbar anhängig ist, dann muss man diejenigen fragen, die die Verantwortung dafür tragen.

Der Antrag auf Senkung der Kreisumlage auf 42% wird von der Fraktion mitgetragen.

Er schloss sich den Ausführungen von Herrn Krüger an, dass Bildung, Schule und Sport Investitionsschwerpunkt bleibt.

Die freiwilligen Leistungen betragen 10,5 Millionen Euro in diesem Jahr, bei einem Haushaltsvolumen im Ergebnisplan von 414 Millionen Euro, 2,5%. Das sollte der Kommunalaufsicht ermöglichen, das zu genehmigen. Diese Zahl soll in Richtung 2029 auf 7 Millionen Euro absinken.

Es gibt noch zwei weitere Anträge. Einer wurde gemeinschaftlich mit Herrn Urban gestellt, zur Jugendpauschale.

Er wies auf einen weiteren Antrag hin, der finanziell in der Wirkung banaler ist, aber gleichwohl wichtig, nämlich das Sportbudget, dass über die Fraktion eingebracht wurde. Auch das ist ein Änderungsantrag zum Kreishaushalt. Wir sind tatsächlich im Promillebereich und er bat um Unterstützung und um Sachdiskussion zu diesem Haushalt.

Frau Buchheim stellte fest, dass der Haushalt unter außerordentlich schwierigen Rahmenbedingungen entstanden ist. Z.B. durch die in vielerlei Hinsicht entstandenen Herausforderungen durch die angekündigte Schließung des Krankenhauses Zerbst und dessen Übernahme der entsprechend darauf reduzierenden finanziellen Belastungen, aber auch an den Werdegang zwischen Einbringung des Haushaltes und der heute anstehenden Beschlussfassung. Eingebracht wurde der Haushalt in der Kreistagssitzung am 6. November 2025 und bereits in der Woche darauf, nämlich am Montag, Mittwoch und Donnerstag, fanden die entsprechenden Budgetvorstellungen hier im Hause statt. Eine Einarbeitung war, in der Kürze der Zeit gar nicht möglich und sie musste leider auch feststellen, dass eine Beratung in den Fachausschüssen, so wie man es eigentlich gewohnt ist, auch nicht erfolgt ist.

Sie kritisierte, dass die notwendigen Unterlagen für die Schlussfassung erst sehr spät zur Verfügung gestellt wurden.

Dem Änderungsantrag von den Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses Jugendhilfe wird man entsprechend zustimmen. Einsparmöglichkeiten wurden von der Verwaltung zumindest eruiert. Am Ende ist es immer Sache der Verwaltung, Haushaltsansätze zu kürzen oder Maßnahmen zu streichen.

Der Haushaltsplan des Landkreises wird im Jahr 2026 stark bezeichnet durch die erforderlichen Zuschüsse für das kommunale Krankenhaus in Bitterfeld-Wolfen und nun neu hinzukommend für die Rekommunalisierung des Krankenhauses Zerbst. Für das Gesundheitszentrum in Bitterfeld-Wolfen beträgt der Zuschuss allein im Jahr 2026 bis zu 3 Millionen Euro. Für das Haushaltsjahr 2027 beläuft sich der weitere Zuschussbedarf aktuell geplant auf 2,5 Millionen Euro. Für das Krankenhaus Zerbst werden aktuell 500.000 Euro Beratungskosten eingeplant. Weitere Investitionen, die notwendig sind, sollen über das Infrastruktur-Sondervermögen finanziert werden.

Der Landkreis erhält aus dem Bundessondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität knapp 50 Millionen Euro. Diese Mittel eröffnen uns Spielräume, die wir in dieser Form lange nicht hatten und am Ende zu einer gewissen Entlastung im Hinblick auf dringend notwendige Investitionen führen. Die Kreisverwaltung schlägt für 2026 eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage vor, die den Städten und Gemeinden die Luft zum Atmen nimmt.

Dies wird deutlich, wenn man die Stellen im Namen der Gemeinden zur geplanten Kreisumlage sichtet. In den Kommunen müssen dringend notwendige Investitionen zurückgestellt und Haushaltsansätze gekürzt werden. Es ist leider so, dass nicht immer alle Gemeinden ihren Haushalt beschließen konnten. Wir stehen am Ende vor einem Dilemma. Wird die Kreisumlage erhöht, werden Städte und Gemeinden in noch größere Not gebracht. Verzichten wir darauf, kann der Landkreis seine Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen. Andererseits kann der Landkreis, und das muss man eben auch betonen, seinen Haushalt nicht auf den Rücken der Kommunen ausgleichen oder sanieren.

Uns allen ist bewusst, dass der Landkreis seine Aufgaben erfüllen muss und keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten als der Kreisumlage hat. Dennoch bedeutet die Höhe der Kreisumlage eine zusätzliche Belastung für die Kommunen.

Bezogen auf die Personalpolitik äußerte sie, dass unser Landkreis die meisten Personalstellen aufweist. Durch das Landesverwaltungsamt wurden bereits in den letzten 2 Jahren konsequente Einsparungen gefordert. Die Umsetzung dieser Forderungen sehen wir aktuell noch nicht.

Herr Roi stellte einen Änderungsantrag auf Senkung der Kreisumlage auf 41,5%. Keine einzige Kommune, außer Zörbig, ist im Stande, die Kreisumlage zu leisten. Weiterhin regte er an, den Haushalt auch in den Fachausschüssen zu beraten. So wie sich die Haushaltsberatungen in den letzten Jahren darstellten, sind sie wenig zielführend.

Weiterhin machte er deutlich, dass die AfD im Landtag nicht gegen das Sondervermögen gestimmt hat. Die Abstimmung fand am 16.12.2025 statt. Die AfD-Fraktion reichte einen Änderungsantrag mit 18 Punkten ein. Man wollte die volle Budgethoheit den Kommunen übertragen. Man hat sich beim Gesetzentwurf enthalten. Die Grünen-Fraktion hat dagegen gestimmt.

Herr Urban teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss am 05.11.2025 sein Budget vorbereitet hatte. Er unterstützte das Ansinnen, in den Fachausschüssen das entsprechende Budget vorzubereiten, aber das obliegt jedem Vorsitzenden.

Der Änderungsantrag auf zusätzliche Mittel zur vollständigen Deckung des Defizits im Bereich der Jugendpauschale wurde vor der Kreistagssitzung nochmal angepasst. Die Deckungsvorschläge waren nicht ganz zu halten und diese wurden ergänzt. Sollten die Deckungsvorschläge nicht umsetzbar sein, wird der Landrat beauftragt, die im Budget 51 unterjährig nicht verbrauchten Personalkosten zur Deckung heranzuziehen.

Er bat um Unterstützung.

Herr Krüger äußerte gegenüber Herrn Heeg, dass die Mehrheit des Kreistages festgelegt hat, die Ratsunterlagen nicht digital zur Verfügung stellen, sondern Wunsch und Wahlrecht

einzuräumen. Wenn Kreistagsmitglieder das nutzen, ist es nicht die Entscheidung der Verwaltung gewesen.

Zu Herrn Ehrlich bemerkte er, dass er Begrifflichkeiten wie „Iuschi“ oder Bemerkungen, dass nichts passiert, zurückweisen würde. Die Kollegen und Kolleginnen des Untervorschusses nehmen die Realität nicht tatenlos hin, sondern sind mehr als bemüht, hier alles zu tun, um Rückstände einzutreiben. Auch das Thema Kindergeldbetrug ist nichts, was der Landkreis regelt und ändern kann.

Weiterhin teilte er mit, dass der Landkreis seit einigen Jahren auch eine Vielzahl von Probezeitkündigungen ausspreche, oder auch arbeitsrechtliche Maßnahmen, weil wir es uns nicht leisten können und wollen, Kollegen zu beschäftigen, die nicht in der Lage sind, die geforderten Leistungen zu erbringen.

Bezogen auf die kurzfristige Zustellung der Unterlagen merkte er an, dass das eine Auswirkung der Kreisumlageklagen ist. Es ist uns als Landkreis nicht mehr möglich, die Unterlagen 2 bis 4 Monate zur Verfügung zu stellen und erst einen längeren Zeitraum danach darüber zu befinden und abzustimmen. Gerade das würde das Risiko, dass die Kreisumlageklagen erfolgreich sind, deutlich erhöhen.

Herr Dittmann präzisierte, dass er niemandem eine Falschaussage unterstellen möchte. Er korrigierte seine Aussage dahingehend, dass Herr Roi dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt hat.

(Herr Roye gegangen = 37 = 68,52%)

Herr Krüger teilte mit, dass wir derzeit 70 unbesetzte Stellen, 41 geplante Abgänge und dazu 50 ungeplante Stellen haben. Er wies darauf hin, dass es im Rahmen der Aufgabenerfüllung nicht möglich sein wird, dass man in dieser Größenordnung in einem Haushaltsjahr Stellen einspart.

Herr Urban bezog sich auf den Stellenplan. 34 Stellen werden gestrichen, davon 17 Beschäftigtenstellen und 17 Beamtenstellen. Er fragte, warum 17 Beamtenstellen gestrichen werden.

Herr Wolkenhaar war der Auffassung, dass eine generelle 50%ige Streichung von offenen Stellen nicht zielführend ist. Wenn wir hier streichen, sollten wir konkrete Vorschläge machen. Er wird diesen Antrag nicht unterstützen.

Herr Krüger ging auf die Frage von Herrn Urban wie folgt ein: Es sei richtig, in der Summe sind es 17 Beamtenstellen weniger, aber aus den Erläuterungen geht hervor, dass natürlich ein wesentlicher Effekt oder die wesentliche Ursache auch die Umwandlung von Beamtenstellen in Tarifstellen ist, weil wir sie also mit Tarifbeschäftigten besetzen müssen oder besetzt haben. Das führt dann in einer formal juristischen Betrachtung auch zu der Reduzierung der Beamtenstellen.

Herr Wolpert ließ über den Änderungsantrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Der **Änderungsantrag** wurde **mehrheitlich** mit 32 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen bestätigt.

Die **Vorlage 0202/2026** wurde – **einschließlich der Änderungen - mehrheitlich** mit 34 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen bestätigt.

Beschluss-Nr.: 103-14/2026

Der Kreistag Landkreis Anhalt-Bitterfeld beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept.

Punkt 10.6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: BV/0203/2026

Herr Wolpert erklärte, dass es zum Haushalt mehrere Änderungsanträge gibt. Zunächst kam der Änderungsantrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung mit dem Antrag zur Einführung des Schulsportbudgets. Herr Krüger bat darum, diesem Antrag nicht zuzustimmen und begründete dies wie folgt: Für das Jahr 2026 ist ein Betrag von 13.200 Euro für die Schulen, für die Ausstattung von Sportgeräten und Sportmaterialien eingeplant. Und wir haben für das Jahr 2025 eine Plansumme von 20.400 Euro, die im letzten Jahr leider aufgrund der Aufhebung eines Vergabeverfahrens nicht ausgegeben werden konnten. Diese kommen also noch dazu, sodass für das Jahr 2026 in diesem Bereich finanzielle Mittel im entsprechenden Umfang noch eingestellt sind. Die Bedarfe werden aufgrund der Meldung der Schulen so erfasst und ergeben sich unterjährig, z. B. Reparaturbedarfe, Ersatzbedarfe werden im Regelfall stattgegeben.

Herr Dittmann präzisierte, dass für die Erhöhung das gescheiterte Vergabeverfahren in 2025 maßgeblich zur Verantwortung stehe, d. h. dafür gab es schon einen Haushaltsgrund. Hier ist also dem Etatbeschluss des Kreistages nicht gefolgt worden. Herr Dittmann unterstellt, dass der Mangel in den bestehenden Sportgeräten noch besteht und dieser soll durch die Budgeterhöhung abgestellt werden. Der Antrag gehe aber darüber hinaus, den Schulen ein freies Budget zur Verfügung zu stellen, daher erhärtete Herr Dittmann den Antrag nochmals. Herr Tkalec verdeutlichte, dass es um 1,50 Euro pro Schüler gehe, d.h. zum Beispiel bei einer Schule mit 500 Schülern geht es um eine Summe von 750 Euro für u. a. auch tägliches Verbrauchsmaterial, welches täglich die Schulen selber stemmen müssen. Die Schulen sind auf Sponsoren und Fördervereine angewiesen, wobei es einige ländliche Schulen gibt, die nicht so viele Sponsoren oder Fördervereine in der Nähe haben, die unterstützen können.

Herr Wolkenhaar sagte, dass man sich auf die Kernkompetenzen besinnen sollte. Wir haben hier ein Budgetrecht der Schulen, das sollten wir entsprechend wahren. Wir können nicht für jedes Einzelne separate Beschlüsse fassen, egal wie gut es gemeint ist; wir wollen die Verwaltung entlasten, Stellen und Bürokratie einsparen. Das ist nicht Aufgabe eines Kreistages, deswegen haben wir einen dicken Haushalt. Bestehen Probleme, können diese direkt über den Direktor in die Verwaltung getragen werden und nicht einzeln über die Budgets. Wo fangen wir an, wo hören wir auf? Daher gibt es hier ein klares Nein von Herrn Wolkenhaar. Es gab keine weiteren Nachfragen und **Herr Wolpert** ging zurück zur Abstimmung.

Der **Änderungsantrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen** zur Einführung des Schulsportbudgets wurde **mehrheitlich** mit 20 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen, bei 4 Enthaltungen, **bestätigt**.

Der **Änderungsantrag von Frau Hauck und Herrn Urban** wurde **einstimmig** mit 37 Ja-Stimmen **bestätigt**.

Weiterhin gab es zwei Änderungsanträge zur Kreisumlage. Zum einen der Antrag der AfD-Fraktion, welcher auf 41,5% geht, der gemeinsame Antrag der anderen 4 Fraktionen geht auf 42%. Der Antrag der AfD-Fraktion ist der weitergehende Antrag, über den zuerst abzustimmen ist.

Zunächst wurde über den **Antrag der AfD-Fraktion**, die Kreisumlage auf 41,5% festzusetzen, wie folgt abgestimmt:

Der **Antrag** wurde **mehrheitlich** mit 9 Ja-Stimmen und 27 Gegenstimmen, bei 1 Enthaltung, **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der übrigen Fraktionen** wurde **mehrheitlich** mit 35 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen **bestätigt**.

Die **Vorlage BV/203/2026** wurde – **einschließlich der Änderungen** – mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen, bei 9 Enthaltungen, bestätigt.

Beschluss-Nr.: 104-14/2026

Der Kreistag beschließt die beiliegende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026.

Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Herr Loth fragte, wo der Winterdienst sei?

Herr Krüger antwortete, dass der Winterdienst sehr wohl im Einsatz ist, womöglich war es ihm noch nicht möglich, an allen Stellen gleichzeitig zu sein. Die Anregung wird aufgenommen, wird im Nachgang nochmal besprochen, ob es heute Probleme gab oder nicht und ob es da heute irgendwelche Dinge gab, die vielleicht nicht optimal gelaufen sind. **Herr Loth** konkretisierte, dass beim letzten Schneeeinbruch die Leute in Hoyersdorf über anderthalb Tage einschneit waren und Herr Loth es veranlasst habe, dass der Schnee beraäumt wurde.

Herr Roi wollte eine ähnliche Sache hier vorbringen, denn er habe sehr viele Anfragen zum Winterdienst am Montag erhalten. Es herrschte Unverständnis darüber, dass das Busunternehmen sechs Uhr bekannt gibt, dass keine Busse fahren, es waren Schulen geschlossen. Es gab gut vorhergesagte Wetterlage, es gab keine Verwehungen, es gab kaum Wind. Es fing 21/22 Uhr an zu regnen und bereits um 1 Uhr lagen 3 bis 4 cm Schnee, früh um 6 Uhr waren es dann 6 cm Schnee. Und war völlig unverständlich, dass um 6 Uhr diese 6 cm immer noch auf den Straßen lagen. Dass die ganze Organisation nicht so einfach ist, sei klar, aber es war exakt vorhergesagt, wann der Schnee fällt. Außerdem gab es keine Extremwetterlage mit 30 oder 40 cm Schnee oder Schneeverwehungen, es war ein normaler Wintertag. Und im Vergleich zum Dienstag hat es dann auch funktioniert, es hatte nochmal geschneit, aber früh waren die Straßen frei. Herr Roi sagte, dass die Planung besser funktionieren muss.

Weiter fragte **Herr Roi**, ob im zuständigen Bau-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt und Landwirtschaftsausschuss ausgewertet und diskutiert werden könnte, wie da die Planung war für konkret diesen Montag.

Auch **Herrn Urban** hat das Thema in dieser Woche sehr bewegt und fragte, wer über Schulausfall entscheidet? Es war eine Katastrophe, auch zwischen Bitterfeld und Wolfen gab es große unterschiedliche Herangehensweisen. Wer das entscheidet, liegt nicht unserer Zuständigkeit, wahrscheinlich sind es die Schulleiter. Aber das ist ganz wichtig und da sollte eine Meinung – wenigstens innerhalb einer Stadt – vertreten werden.

Weiter dankte Herr Urban allen Kreistagsmitglieder für die Zustimmung des Änderungsantrages. Da haben wir einen Meilenstein gesetzt für unsere Jugendclubs. Wir sichern die Finanzierung unserer Jugendclubs, kommunal als auch freie Träger. Das steht uns gut zu Gesicht in diesem Jahr, dass wir diese Entscheidung heute getroffen haben. Weiterhin bat er darum, dass Unterlagen aktuell und nicht zu spät eingereicht werden.

Es gab keine weiteren Anfragen und Anregungen.

gez. Wolpert
Vorsitzender des Kreistages Anhalt-Bitterfeld

gez. Metzner
Protokollantin